

Einigkeit im Kampf gegen Rechts

Nazis marschieren am 29. Jan. in Kiel



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Demokraten stellen sich den Antidemokraten in den Weg!

Die Nazi-Organisationen setzen unter dem Deckmantel von sozialen Themen ihre radikale Ausgrenzung von Minderheiten, ihre rassistische und antisemitische Grundhaltung unvermindert fort. Vom Wolf im Schafspelz sollen Wählerinnen und Wähler angelockt werden - so ihre durchschaubare Strategie.

Für den 29. Januar 2005 haben Rechtsextremisten aus dem Umfeld der sog. *Freien Nationalisten* in Kiel eine Demonstration angemeldet. Unterstützt wird der Aufmarsch von der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*, die auch zu den Landtagswahlen am 20. Feb. 2005 antritt. Unter dem Vorwand, gegen das Inkrafttreten der Hartz IV Gesetze zu demonstrieren, wollen die Nazis anlässlich des Jahrestages der Machtsergreifung von Adolf Hitler am 30. Januar 1933 mit ihren rassistischen und antisemitischen Parolen durch die Strassen ziehen und den Nationalsozialismus verherrlichen. Sie wollen damit den öffentlichen Raum besetzen, um so die demokratische Öffentlichkeit einzuschüchtern.

Das wollen wir nicht!

Mit ihrem Slogan „*Gegen Multi-Kulti und Hartz IV – das Volk sind wir*“ stellen die Nazis ihren Aufmarsch in den Zusammenhang aktueller politischer Debatten. Sie schüren Fremdenfeindlichkeit und Hetze gegen Migrantinnen und Migranten. Sie greifen dabei die politischen Diskussionen um die Integration von Nicht-Deutschen, um den EU-Beitritt der Türkei und die Patriotismusdebatte auf, und bieten scheinbar einfache Lösungen zu diesen komplexen Fragestellungen an.

Als demokratische Gesellschaft können und dürfen wir solche Agitationen und eindimensionale Propaganda nicht dulden. Das Aufgreifen der o.g. politischen Diskussionsfelder untergräbt in unerträglicher und zugleich fataler Weise alle demokratischen Institutionen. Sollte sich dieses neo-nazistische Gedankengut durchsetzen, würden Element der demokratischen Grundrechte, wie z.B. Meinungs-, Versammlungsfreiheit und Streikrecht perspektivisch ausser Kraft gesetzt.

Hass und Gewalt, wie ihn die NPD propagiert, hat in unser Zivilgesellschaft keinen Platz! Demokraten setzen sich ein für eine friedliche, gerechte, antifaschistische und solidarische Gesellschaft.

**ver.di ruft die Mitglieder auf,
sich an den Aktionen und Kundgebungen zu beteiligen!**

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Keine Stimme dem Neo-Naziblock!

29. Januar 2005

gemeinsam mit demokratischen Parteien und den Kirchen

Treffen am Landeshaus um 9:00 Uhr

St. Nikolai Kirche um 9:30 Uhr

**Demonstration des „Runden Tisches gegen Rassismus und
Faschismus Kiel“**

Auftaktkundgebung: 11.30 Uhr auf dem Wilhelmplatz in Kiel